Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 17 (1941-1942)
Heft: 7

Artikel: Gehört die Jugend in die politischen Parteien?
Autor: Huber, Fortunat
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1067071

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gehört die Jugend in die politischen Parteien?

Von Fortunat Huber

Illustration von H. Tomamichel

„... Die Zahl der Jungbürger, welche die Absicht zum Ausdruck brachten, sich in einer politischen Partei zu betätigen, ist verschwindend klein ..."

Vielleicht haben auch Sie diese Feststellung kürzlich gelesen. Sie stand im Bericht des Zürcher Stadtpräsidenten über das Ergebnis einer Rundfrage, warum die Jungbürgerfeiern schlecht besucht waren. Es soll Leute geben, die sich gewundert haben. Das wundert mich. Denn offenbar war es schon vor zehn Jahren so, vor zwanzig Jahren ähnlich und vor dreißig nicht viel anders. Sonst stünden die Parteien heute anders da. Natürlich gab es Schwankungen in der Anziehungskraft der Parteien auf die Jugend. Aber schon vor dreißig Jahren gehörte nur eine verschwindend kleine Minderheit der jungen und der alten Stimmberechtigten als eingeschriebene Mitglieder einer politischen Partei an. Es ist wirklich nicht einzusehen, weshalb

die jungen Bürger gerade heute früher und zahlreicher den Anschluß suchen sollten. Etwa wegen der politischen Unsicherheit der Gegenwart? Nur das Gegenteil ist möglich. Die Gefahr hat das politische Verantwortungsbewußtsein der Bürger wohl aufgeweckt und deren Zusammenschluß zur Abwehr gefördert. Er geschah im Einverständnis der politischen Parteien; aber er war nicht ihr Werk. Er wurde über sie hinweg vollzogen. Das schweizerische Selbstbewußtsein erstarkte, das der Parteien wurde geschwächt. Ein Beweis für beides ist die Gründung neuer Parteien. Die Neigung der Jungbürger, sich einer Partei anzuschließen, kann also gar nicht gewachsen sein.

Ist diese Tatsache bedauerlich?

Es mag sein, daß es junge Leute gibt, die sich zunächst einige Jahre als Bürger bewähren wollen, bevor sie sich zur Verbesserung unseres Staates (darum geht es in aller Politik) berufen fühlen. Das klingt sehr einleuchtend. Und doch wäre sogar diese Rechtfertigung der politischen Enthaltsamkeit der Jugend verfehlt.

Zunächst entspricht sie unserer Staatsverfassung nicht. Sie gibt den Zwanzigjährigen das Stimmrecht. Offenbar als Ausdruck der Meinung, es gereiche unserem Staat zum Vorteil, wenn auch der junge Bürger an unserem Staatswesen mitarbeite.

Häufiger sind die Jungen, welche sich nicht aus falscher Bescheidenheit von der Politik fernhalten, sondern weil sie von ihren eigenen Angelegenheiten so erfüllt sind, daß ihnen Zeit und Lust fehlt, sich um den Staat zu kümmern. Jedoch die große Mehrheit nimmt nach wie vor am Staatsgeschehen wohl gefühlsmäßig Anteil, aber findet den Weg nicht, sich politisch auszuwirken. Das ist bedauerlich.

Das Vertrauen in die Parteien ist erschüttert

Die Träger der Politik sind nach unserer Staatsverfassung und Auffassung die Parteien. Es sind ehrenwerte Gründe denkbar, welche auch junge Leute vom Anschluß an eine Partei abhalten könnten, die durchaus wünschen, ihre staatsbürgerliche Aufgabe zu erfüllen und die überdies eine mehr oder weniger feste Meinung über den richtigen Weg, das zu tun, haben. Sie sympathisieren mit einer Partei. Aber sie wagen den Anschluß nicht, weil sie der Reife ihres Urteils mißtrauen. Es spricht in der Politik wie in der Liebe und im Berufsleben manches dafür, sich nicht zu früh festzulegen. Aber unsere Jugend übertreibt die Bedächtigkeit, auch in der Politik. Meistens nicht aus Bescheidenheit, sondern weil sie ihr liebes Selbst zu wichtig nimmt. Sie will es vor der Demütigung bewahren, die jedes Eingeständnis bedeutet, sich geirrt zu haben. Noch allgemeiner: was sie zurückhält, ist ganz einfach die Angst vor jeder Bindung.

Doch sogar junge Bürger, die zu der Absicht auch den Mut aufbrächten, in eine Partei einzutreten, werden durch unsere parteipolitischen Zustände abgeschreckt. Die Vorwürfe gegen die Parteien: die Vertretung einseitiger Interessen, ihr Mißbrauch zu persönlicher Machtentfaltung, das Bonzentum, die Sesselkleberei und wie die Schlagworte heißen, sie haben alle eine gewisse Berechtigung, bei allen Parteien, den alten, den neuen und den neuesten. Es ist gut, diese Mißstände zu kennen und anzuprangern. Aber nur, wenn damit der Wille verbunden ist, sie zu überwinden. Dahin führt nur ein Weg. Er geht durch die Parteien.

Kann das Vertrauen wieder geschaffen werden?

Die meisten Übelstände unseres Parteiwesens sind die unmittelbare und unvermeidliche Folge der Tatsache, daß sich so wenig Bürger zur Mitarbeit in den Parteien bereitfinden. Das erniedrigt die Parteien zu Parteiapparaten und die Par-

teimänner zu Funktionären. Die Bürger wälzen eine Verantwortung auf sie, die diese unmöglich tragen können. Es ist lächerlich, von Sesselkleberei zu sprechen, solange in den meisten Parteien Schwierigkeiten bestehen, auch nur für die freien Sessel in den eigenen Reihen Leute zu finden, die geeignet und bereit wären, diese einzunehmen. Aber auch die notorischen Sesselkleber folgen bloß der menschlichen Natur, freiwillig einen Sitz nur für eine bessere Sitzgelegenheit aufzugeben. Es ist überall die Sache der Stehengebliebenen, für Platzwechsel zu sorgen. Und die Bonzen? Ihre Selbstherrlichkeit beruht einzig darauf, daß sich keine genügende Anzahl Parteigenossen findet, welche die Unannehmlichkeiten auf sich nimmt, sie zu stürzen. Das gleiche gilt von der Macht der Parteicliquen. Und die Entgleisungen bei Abstimmungen und Wahlen, die den Bürgern die Politik verekeln! Sie haben ihren Grund zum guten Teil darin, daß die Werbung der Parteien sich immer mehr an Stimmberechtigte wenden muß, von denen sie nicht annehmen können, daß sie sich je zur Mitarbeit bewegen lassen werden. Es handelt sich in der Werbung nur darum, diese politisch freischwebenden Bürger wieder für einmal in ihrem Sinn an die Urnen zu bringen. Das gelingt um so besser, je mehr und Gegensätzlicheres ihnen versprochen wird. Die Parteien brauchen gar nicht daran zu denken, ihre Versprechen einlösen zu müssen. Diese Bürger erwarten und verdienen es auch nicht. Wenn die Parteien stärker wären, würden dem verheerenden Einfluß der politisch Gleichgültigen auf die « Parteitaktik » von selbst Grenzen gesetzt.

Eine Krankheitserscheinung unserer Parteizustände ließe sich allerdings selbst durch einen Masseneintritt nicht beheben. Sie ist zugleich die Hauptursache des Schwundes an Parteimitgliedern. Es ist das Fehlen an politischem Glauben — bei allen Parteien. Die Anziehungskraft einer Partei besteht in ihrem Ziel. Die Durchschlagskraft im Glauben an dessen Durchführung.

Unsere politischen Parteien haben entweder ihr Ziel bereits zum großen Teil erreicht oder den Glauben an dessen Verwirklichung, ja sogar den Wunsch dazu, verloren. Daneben gibt es noch Parteien, die nie ein Ziel besaßen, das über die Gegenwart hinausgeht.

Eine Parteipolitik, die nicht von einem großen Ziel bestimmt wird, ist notwendig grundsatzlos. Sie macht die Politik zu einer Angelegenheit zur Erhaltung und Verwaltung des bestehenden Staates. Eine wichtige Sache, die des Fleißes aller Bürger wert ist, die aber keinen Bürger auf die Länge begeistern kann.

Der Mangel an Ziel und Glauben unserer politischen Parteien kommt nicht von ungefähr. Er ist ein Ausdruck unserer Unfähigkeit zur Schaffung eines umfassenden schweizerischen Zukunftsbildes. Ein solches kann bloß auf dem Boden einer festen Weltanschauung wachsen.

Die Sendung der Jugend in den politischen Parteien

Nur Grundsätze, die in einer verpflichtenden Weltanschauung verwurzelt sind, halten stand. Allerdings können wir Ideologien weder erfinden noch ertrotzen. Aber wir können es uns auch nicht leisten, auf sie untätig zu warten. Das wäre eine Geduld, die uns zum Verhängnis werden müßte. Glücklicherweise haben wir Bürger unter uns, zu deren Natur die Ungeduld gehört. Es sind die Jungen. Nun, sie waren immer da. Nur sind sie offenbar in den letzten fünfzig Jahren bei uns jeweilen alt geworden, ohne daß ihre Ungeduld auf dem weltanschaulichen Gebiet Früchte getragen hat. Aber ist die Erklärung dafür nicht vielleicht darin zu finden, daß sie ihre Kräfte an Ideologien verschwendeten, die, ob sie

aus dem Westen zunächst, aus dem Norden dann und schließlich aus dem Osten stammten, doch alle auf unserem Boden versagen mußten, weil sie zu unserer Wirklichkeit nicht paßten? Wäre es nicht möglich, daß die Jugend von heute diesen Fehler vermeiden und deshalb ihre Neigung zu Grundsätzlichkeit und ihren Haß gegen den Kompromiß besser durchsetzen könnte?

Zur Jugend gehört auch ihr Glaube an eine bessere Zukunft. Es ist wohl wahr, daß diese Gläubigkeit wie ihr Drang nach schnellen und ganzen Lösungen zum größten Teil nur mangelnde Erfahrung darin ist, wie schwer es fällt, die Wirklichkeit nach einem Zukunftsbild umzugestalten. Aber das schmälert ihren Wert nicht. Es würden wenige mutige Taten getan, wenn jene, die sie wagen, zum voraus die Hindernisse kennen würden, die sie zu überwinden haben. Im Glauben an eine bessere Zukunft und der Ungeduld, sie zu verwirklichen, besteht die Mission der Jugend, in der Politik, wie überall. Deshalb gehört die Jugend in die Parteien. Sie hat dort eine Rolle zu spielen. Sie muß sie selbst spielen. Niemand kann diese für sie übernehmen.

Die jungen Bürger gehören in die Parteien

Natürlich gibt es junge Leute, denen der frühe Eintritt in eine Partei nur schadet, ohne der Partei zu nützen. Die einen sind dem Schock nicht gewachsen, der keinem erspart bleibt, der Einblick in die Parteiwirklichkeit nimmt. Sie können sich von der Überraschung nicht erholen, daß auch in einer politischen Partei die Wichtigtuerei, die Eitelkeit, der Ehrgeiz und das Streben nach dem eigenen Nutzen einen breiten Platz einnehmen. Sie können es nicht verstehen, daß es auch dort sachliche und unsachliche Streitigkeiten geben muß. Sie verwinden es nicht, daß ihre Kritik keine Begeisterung, dafür aber ihre Begeisterung Kritik auslöst. Das ist nicht so schlimm. Diese früh Enttäuschten sind heilbar. Sie bieten immer noch ein würdigeres Bild als jene Bürger, die, nachdem sie sich ein ganzes Leben lang nie selbst um Politik gekümmert haben, bei einem Abstecher in einen Wahl- oder Abstimmungskampf noch als Fünfzig- oder Sechzigjährige ehrlich über die Selbstverständlichkeit entrüstet sind, daß es auch in den Parteien unmenschlich menschlich zugeht.

Eine ernstere Gefahr des frühen Eintritts in eine Partei besteht darin, daß junge Leute gelegentlich allzu rasch zu alten Politikern werden, weil sie in der politischen Kleinarbeit und den Kümmernissen der Parteitaktik gerade das verlieren, was junge Leute für die Partei allein wertvoll macht: den Glauben und den Schwung.

Aber das sind Ausnahmen. Wie die Parteien die Jungen brauchen, so brauchen auch die Jungen die Parteien. Nicht alle. Die Politik ist bloß ein Teil des Lebens. Es ist weder nötig noch auch nur wünschbar, daß jeder Bürger einer Partei angehöre. Aber für die meisten wäre es wichtig, doch den Anschluß zu versuchen. Politik ist eine Arbeit an der Gemeinschaft unseres Staates. Sie kann nur in der Auseinandersetzung von Arbeitsgemeinschaften geleistet werden, die eine ähnlich gerichtete Gesinnung verbindet. Freilich müßte sie da sein. Und sie darf nicht bloß in der Absicht bestehen, die eigene Macht im Staat zu erhalten oder zu erringen. Diese zielweisende Gesinnung ist heute bei allen Parteien nur in Überresten oder Ansätzen vorhanden. Aber wo ließe sie sich eher ausbauen, als in gemeinsamer Arbeit an den Aufgaben, die uns die schweizerische Gegenwart stellt? Sie schärft unsern Blick wie nichts anderes für das, was wir für eine schweizerische Zukunft erstreben müssen. Ein solches Zukunftsziel allein wird uns auch, wenn wir in ihm uns selbst und unserer Vergangenheit treu bleiben, den Platz und das Daseinsrecht in einer freiwilligen Vereinigung freier Staaten freier Bürger sichern.